

Nach Verwirrung erfreuliche Zahlen vom BAG

Coronavirus In der Schweiz und in Liechtenstein sind zuletzt innert Tagesfrist 15 neue Infektionen gemeldet worden. Das teilte das Bundesamt für Gesundheit (BAG) gestern mit. Am Samstag hatte das BAG 58 neu registrierte Fälle bekannt gegeben, am Freitag und am Donnerstag 51 bzw. 50 Fälle und zuvor von Montag bis Mittwoch je zwischen 30 und 40 Fälle.

Am Samstagmittag hatte das BAG aber zunächst für Verwirrung gesorgt. Es berichtete über Twitter von 98 neu gemeldeten Coronavirus-Fällen – 47 mehr als am Vortag. Kurz nach dem Mittag löschte das BAG die entsprechende Mitteilung allerdings wieder.

Auf Anfrage hiess es beim BAG, die Zahl der 98 zusätzlichen Corona-Fälle gegenüber dem Vortag sei falsch gewesen. Der Grund: Ein Labor habe falsche Zahlen übermittelt. Später am Nachmittag meldete das BAG die korrekten Zahlen. Demnach gab es in den 24 Stunden zuvor 58 neu gemeldete Infektionen und damit 7 mehr als am Vortag.

Es ist nicht das erste Mal, dass das BAG mit Fehlern auffällt, im April gab es sogar falsch erfasste Todesfälle. Während mehrerer Stunden wurde ein 9-jähriges Mädchen in der Todesstatistik aufgeführt. In Wahrheit handelte es sich bei der Verstorbenen um eine 109-jährige Frau. «Wir haben bei der Erfassung des Falls das Geburtsdatum versehentlich auf 2011 statt 1911 gesetzt», teilte das BAG damals mit.

Sogar über mehrere Wochen tauchte in der Statistik des Bundesamts für Gesundheit der Tod eines 27-jährigen auf. Es wäre der bislang einzige Todesfall in der Schweiz in der Altersgruppe der 20- bis 29-jährigen gewesen. Doch es stellte sich heraus, dass der Mann in Wahrheit 87 Jahre alt war. Das Geburtsjahr sei laut BAG vom zuständigen Arzt im Meldeformular falsch eingetragen worden. (sda/red)

Parlament will Bundesrat stärker kontrollieren

Notstandsregeln Die Machtkonzentration beim Bundesrat in der Corona-Krise löst bei Politikern von links bis rechts Unbehagen aus. Nach öffentlichen Debatten über die Notstandsmassnahmen, die Strategie zum Ausstieg und die Demonstrationen gegen das Corona-Regime fordern sie, dass Entscheide des Bundesrats vom Parlament mehr kontrolliert werden. «Das Parlament muss stärkere Instrumente erhalten, um seine Rolle als Gegenpart der Regierung auf Augenhöhe wahrnehmen zu können», sagt FDP-Ständerat Andrea Caroni gegenüber der «SonntagsZeitung». Die Arbeiten sind bereits angelaufen. Für Ende Mai ist ein «Notstandsgipfel» geplant, bei dem Vertreter von National- und Ständerat das weitere Vorgehen beraten wollen. Zudem lancieren nach CVP und Grünen nun auch Politiker aus SVP und SPVorschläge, wie der Einfluss des Parlaments erhöht werden könnte. Diese gehen von der Einrichtung einer Notstandsdelegation bis hin zur direkten Einflussnahme des Parlaments auf die Installation von Notstandsregimes. (red)



Obdachlose. Foto: Go Nakamura (Reuters)

können – oder ob Vorlesungen und Seminare weiterhin nur über Videokonferenz stattfinden. Klar ist bloss, dass Abschlussfeiern im ganzen Land verschoben oder virtuell zelebriert werden.

Die Zeitschrift «The Atlantic» hat für junge Amerikaner wie Amanda Shafer einen Oberbegriff definiert: Generation C. Das Coronavirus werde «ihre Karrieren entgleisen lassen, ihre Finanzen zertrümmern und ihr Sozialleben über den Haufen werfen».

Nach einer Umfrage des Pew-Instituts glauben nur 42 Prozent der 18- bis 29-Jährigen, dass die wirtschaftliche Lage des Landes in einem Jahr besser sein wird als heute. Bei den über 65-Jährigen sind es 69 Prozent.

Amanda Shafer glaubt, dass die Pandemie das Weltbild junger Amerikaner verändern wird: «Die Gefahr ist, dass wir uns in der Isolation noch mehr in unseren Filterblasen bewegen», sagt sie. Gleichzeitig habe sie Hoffnung: «In der Isolation wird vielen von uns, die mit sozialen Medien aufgewachsen sind, der Wert von menschlichen Kontakten erst richtig bewusst.»

Die Arbeitslosen

Wenn sich Carlos Torres seine Medikamentenrechnung ansieht, könnte er verzweifeln. «Ich weiss wirklich nicht mehr weiter», sagt er am Telefon. Bis Ende März war er Koch in einem Hotel in Hollywood, Florida. Er konnte 1600 Dollar Miete im Monat begleichen, seine vierköpfige Familie ernähren, seine Autoversicherung bezahlen. Und auch sein Insulin. Torres ist Diabetiker. Die Krankenversicherung übernahm die monatlichen Kosten von 1500 Dollar.

Jetzt hat Torres keinen Job mehr. Keine Krankenversicherung, die war an seinen Arbeitsplatz geknüpft. Und seit Monaten versucht er vergeblich, an Arbeitslosengeld zu kommen.

Es ist nicht so, dass die USA kein sozialstaatliches Netz hätten. Wer es schafft, sich arbeitslos zu melden, bekommt in den USA im Schnitt 387 Dollar pro Woche; die Summe variiert von Bundesstaat zu Bundesstaat erheblich. Um die Folgen der Corona-Krise abzumildern, hat der Kongress die Leistungen deutlich ausgeweitet. Pro Woche erhält jeder anerkannte Arbeitslose 600 Dollar extra. Ausserdem ist die Bezugsdauer um 13 Wochen auf knapp neun Monate verlängert worden. Dazu erhalten die meisten US-Steuerzahler

einen einmaligen Scheck über 1200 Dollar, pro Kind gibt es 500 Dollar extra.

Auf dem Papier klingen die neuen Hilfen gut. Und wer seine Anträge durchbekommt, hat wenig Grund, sich zu beschweren. Den Scheck hat auch Carlos Torres bekommen. Aber das Arbeitslosengeld nicht. Auf der Internetseite der Arbeitsbehörde von Florida bekam er sechs Wochen lang nur die Meldung «in Bearbeitung». Er hat Hunderte Male angerufen, es war kein Durchkommen. Er hat E-Mails geschrieben. Keine Antwort. Vor zwei Wochen wurde sein Antrag abgewiesen. Begründung: keine. Torres kann sich das nicht erklären. Er habe 7 Jahre am Stück gearbeitet.

Es geht ihm kaum anders als Millionen von Amerikanern. Die Systeme sind völlig überlastet. Kein Wunder: Die Neuanträge



«Ich habe Angst»: Diabetiker Carlos Torres. Foto: Privat

auf Arbeitslosengeld sind explodiert. Normalerweise werden wöchentlich etwa 200'000 Anträge gestellt. Seit Ende März sind es 3 bis 6 Millionen in der Woche – insgesamt 36 Millionen.

In Florida ist es besonders schlimm. Eine Erstanmeldung war einige Zeit überhaupt nur persönlich möglich, was zu langen Schlangen geführt hat.

Viele Anträge werden wie der von Carlos Torres einfach abgelehnt. Allein in Florida erhielt fast eine halbe Million Menschen diesen Bescheid. Das sind fast die Hälfte aller Antragsteller. Selbst wenn der Antrag von Carlos Torres morgen angenommen werden sollte, ist fraglich, ob ihm das noch hilft. In Florida wird das Arbeitslosengeld nicht rückwirkend gezahlt. Sondern erst ab dem Tag, an dem der Antrag gutgeheissen wurde.

Als Diabetiker gehört Torres zur Risikogruppe. «Ich habe Angst», sagt er. Eine Infektion könnte ihn auch finanziell schwer treffen. Die Behandlung kostet schnell 20'000 Dollar. Wer nicht versichert ist – und das waren schon vor Krise etwa 28 Millionen Menschen in den USA – muss die Kosten selbst tragen.

Der 64-Jährige muss jetzt dringend eine Kasse finden, die

ihn nimmt und die er bezahlen kann. Mit einer Vorerkrankung wie Diabetes fast unmöglich. Von seinem Arzt hat er kostenlos Insulin-Proben bekommen, die bringen ihn über die kommenden vier Wochen. Was dann ist? «Ich habe keine Ahnung. Ich denke darüber jetzt nicht nach.»

Die Papierlosen

Moises Omar Bermudez arbeitet als Kellner in einem italienischen Restaurant am Broadway, im touristischen Herzen von New York. Seine letzte Schicht hatte er am 12. März, dem Tag, an dem der Bürgermeister den Notstand ausrief. Dann machte das Restaurant dicht. Seit zwei Monaten ist der 31-Jährige ohne Arbeit. Als Einwanderer ohne Papiere hat er keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld. Er erhält auch keinen Nothilfe-Scheck. «Wir bleiben aussen vor», sagt er am Telefon.

Bermudez kam als Kind mit seiner Familie ohne Papiere aus Mexiko in die USA. Er ist einer von 11 Millionen sogenannten illegalen Einwanderern. Ohne sie würden grosse Teile der Wirtschaft nicht mehr funktionieren. Über alle Branchen gesehen sind knapp 5 Prozent der Arbeitskräfte papierlose Migranten.

In der Krise sind diese Arbeiter und ihre Familien noch mehr auf sich selbst gestellt. Sie erhalten nicht einmal Food Stamps, also Gutscheine, die sie in bestimmten Läden gegen Lebensmittel und Alltagswaren eintauschen können.

Dabei bezahlen viele Papierlose durchaus Steuern – dafür ist keine Arbeitserlaubnis nötig. Bermudez sagt, er habe immer Steuern bezahlt. «Ich will ja eines Tages meine rechtliche Situation in Ordnung bringen.» Er habe viele Freunde, denen es gehe wie



Keine Papiere, keine Rechte: Moises Omar Bermudez. Foto: Privat

ihm, Einwanderer aus verschiedenen Ländern, die nicht wüssten, wie es weitergehe. «Wenigstens ein bisschen Unterstützung würde helfen», sagt Bermudez.

Auch von anderen Hilfen sind papierlose Migranten ausgeschlossen. Zudem verfügen sie meist über keine Krankenversicherung. In den Hilfspaketen, die der US-Kongress bisher verabschiedet hat, waren die Papierlosen kein Thema. Einzig im Bundesstaat Kalifornien hat der Gouverneur angekündigt, einen Hilfsfonds über 125 Millionen Dollar für sie einzurichten.

In New York hofft Bermudez, der arbeitslose Kellner, dass die Restaurants möglichst bald wieder öffnen. Er versuche, sich seinen Optimismus zu bewahren: «Das ist New York, das ist kein Ort, der lange stillstehen kann.» Aber lange reichen seine Ersparnisse nicht mehr. «Wenn ich nicht bald wieder zurück an die Arbeit kann, bin ich erledigt.»



Hatte anders als ihre Freunde Glück: Amanda Shafer. Foto: Privat

California in Berkeley bei der Geschäftsstelle von Bridge USA, einer kleinen Organisation, die sich um die Vernetzung von Studierenden im Land bemüht.

Besonders Studierende, die ihren Abschluss während der Finanzkrise gemacht hätten und danach in einen angespannten Arbeitsmarkt eingetreten seien,

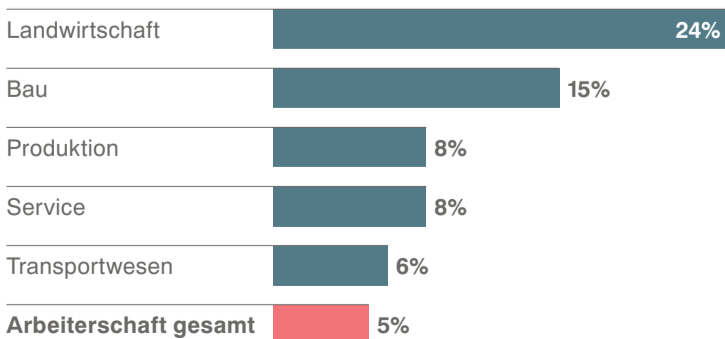
hätten sich davon nie erholt, sagt Shafer. Die Verschuldung ist besonders unter jungen Leuten gestiegen. «Ich befürchte, das wird bei den heutigen Abgängern noch viel schlimmer.»

Über sich selbst sagt Shafer: «Ich habe sehr grosses Glück gehabt.» Nach ihrem Abschluss übernahm sie die Leitung von Bridge. «Die meisten meiner Freunde haben weniger Glück.» Praktika, Sommerjobs, Angebote für Berufseinsteiger: Vieles wird gerade abgesagt. Die meisten seien zurück zu ihren Eltern gezogen, niemand wisse, wann er oder sie einen Job bekomme.

Noch ist nicht klar, ob die Studierenden im Herbst wieder an die Universitäten zurückkehren

Berufsgruppen mit hohem Anteil an illegalen Arbeitern

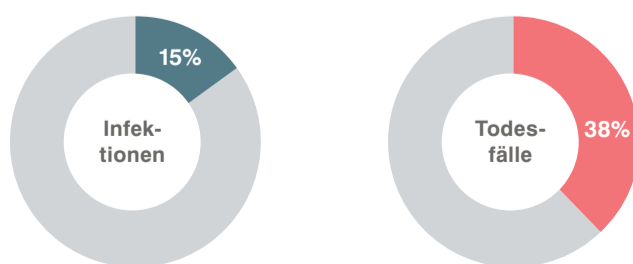
Anteil illegale Einwanderer



Grafik: mrue/Quelle: Pew Research Center

Covid-19-Fälle und -Tote in Altersheimen

Anteile an der Gesamtzahl



Infektionszahlen aus 37 Staaten, Todesfälle aus 33 Staaten, die anderen Staaten liefern keine Zahlen.

Grafik: mrue/Quelle: KFF.org